



28. September 2019

## ANTI-ABTREIBUNGSGESETZE SIND EIN ANGRIFF AUF DAS RECHT, IN WÜRDE ZU LEBEN UND ZU ENTSCHEIDEN, WAS MIT DEM EIGENEN KÖRPER PASSIERT

Von Jaime Todd-Gher, Amnesty International, und Uma Mishra-Newbery, Women's March Global.

### Internationaler Tag der sicheren Abtreibung

Wenn Regierungen Abtreibungen verbieten, tun sie wenig, um die Zahl der Schwangerschaften, die abgebrochen werden, tatsächlich zu reduzieren. De facto finden nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation trotz restriktiver Gesetze nach wie vor Abtreibungen in etwa gleichem Umfang statt. Aber wenn sichere Abtreibungsdienste verweigert oder eingeschränkt werden, treten Kleiderbügel, giftige pflanzliche Arzneimittel und unqualifizierte Praktizierende an deren Stelle, während MedizinerInnen, die eine angemessene Versorgung anbieten, kriminalisiert werden.

Totalverbote oder restriktive Abtreibungsgesetze in Ländern wie El Salvador, Polen und in jüngster Zeit in mehreren US-Bundesstaaten (darunter Louisiana, Ohio, Kentucky, Mississippi, Georgia, Alabama und Missouri) sollen Frauen und Mädchen kontrollieren und auf stereotype Geschlechterrollen einschränken. Sie stehen damit für eine Verletzung ihrer Menschenrechte und Würde und stellen eine geschlechtsspezifische Diskriminierung dar. Für Transgender und queere Menschen, die Abtreibungen benötigen, sind solche restriktiven Gesetze die jüngsten Angriffe auf ihre Rechte und Freiheiten in einer langen Reihe.

Organisationen, die sich für die Menschenrechte einsetzen, haben die Qualen und die Verzweiflung dokumentiert, die von restriktiven Abtreibungsgesetzen auf der ganzen Welt ausgehen. Eine der erschütterndsten Geschichten ist die von "Ms. Y", einer Frau, der in Irland Asyl gewährt wurde, nachdem sie von Paramilitärs in ihrem eigenen Land geschlagen und vergewaltigt worden war. Frau Y versuchte mehrfach sich umzubringen, als ihr (in Irland) gesagt wurde, sie könne ihre aus der Vergewaltigung resultierende Schwangerschaft nicht beenden. Sie wurde schließlich zur Geburt per Kaiserschnitt gezwungen. In jedem einzelnen Entscheidungsschritt stand die Sorge der irischen Behörden um den Schutz des Fötus über jeglicher Berücksichtigung der geistigen und körperlichen Gesundheit von Frau Y.



Im vergangenen Jahr ist Irland in die Liste der fast 50 Länder aufgenommen worden, die in den letzten Jahrzehnten den Zugang zu rechtmäßiger Abtreibung erweitert haben. Es war ein historischer Schritt, der für Frau Y zu spät kam, aber andere vor dem gleichen Trauma schützen wird.

Wir mussten auch die schrecklichen Auswirkungen strafrechtlicher Abtreibungsgesetze mitansehen, die eingesetzt werden, um Menschen für schwangerschaftsbedingte Komplikationen zu bestrafen. In El Salvador werden Frauen, die Fehlgeburten oder Totgeburten erleiden, routinemäßig "des Abtreibens verdächtig" und wegen Mordes angeklagt.

Evelyn Hernández, eine 21-jährige Frau aus El Salvador, erlitt zu Hause eine Schwangerschaftskomplikation, die zum Tod des Kindes führte. Sie wurde verhaftet, vor Gericht gestellt und wegen schweren Mordes zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt. Ein höheres Gericht hob später dieses Urteil auf und ordnete ein Wiederaufnahmeverfahren an - das Evelyn für unschuldig befand. Am 6. September 2019 kündigte die salvadorianische Staatsanwaltschaft jedoch an, gegen dieses Urteil Berufung einzulegen, was verdeutlicht mit welcher obsessiver Entschlossenheit die Behörden versuchen, sie nach den drakonischen Gesetzen des Landes anzuklagen.

Wir müssen uns weiterhin gegen die Bemühungen der Regierungen stellen, Kontrolle über die Körper von Frauen und Mädchen erlangen zu wollen. Laut dem [jüngsten Bericht des Guttmacher Instituts](#) leben seit 2017 42 % der Frauen im reproduktiven Alter in den 125 Ländern, in denen Abtreibung stark eingeschränkt ist (d.h. komplett verboten oder nur erlaubt, um das Leben einer Frau zu retten oder ihre Gesundheit zu schützen). Durch den extremen Umfang, in dem die Rechtsprechung weltweit den Zugang zu Abtreibungen einschränkt, werden Frauen und Mädchen sowie anderen Menschen, die schwanger werden können, ihrer Menschenrechte und ihrer körperliche Autonomie beraubt.

Ein Mensch, der keine Kontrolle darüber hat, was mit seinem Körper passiert, kann nicht frei sein. Die Debatte um Abtreibung sollte darüber hinausgehen, ob das Leben einer Person durch eine Schwangerschaft gefährdet ist. Im Mittelpunkt des Themas stehen die reproduktive Freiheit und das Recht eines Menschen, Entscheidungen darüber zu treffen, was mit dem eigenen Körper geschieht. Dieses Recht ist entscheidend dafür, dass alle Personen, die schwanger werden können, ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben und ihr Leben in Würde leben können. Die Regierungen müssen nicht nur Abtreibung entkriminalisieren und den Zugang zu einer sicheren Abtreibung in der Praxis sicherstellen, sondern auch soziale Bedingungen schaffen, unter denen Menschen schwangerschaftsbezogene Entscheidungen frei von Unterdrückung, Diskriminierung, Stigmatisierung, Nötigung, Gewalt, Mangel an Möglichkeiten oder Bestrafung treffen können.

Immer mehr Länder sind sich dieser Tatsache bewusst geworden, trotz der alarmierenden Zurücknahme der reproduktiven Rechte in einigen Ländern, wie den Vereinigten Staaten oder Polen, die von Anti-Autonomie-Gruppierungen angetrieben und von populistischen Politikern unterstützt werden. In den letzten 25 Jahren haben rund [50 Länder](#) ihre Gesetze geändert, um einen besseren Zugang zur Abtreibung zu ermöglichen. Obwohl der jeweilige nationale Kontext variiert, haben alle erfolgreichen Kampagnen zur Reform des Abtreibungsrechts eines gemeinsam: Frauen, die sich zu Wort melden. Von [Irland](#) bis [Südkorea](#) haben Aktivistinnen geholfen, das Stigma und die Geheimhaltung rund um die Abtreibung zu zerstreuen, indem sie ihre Geschichten erzählten. In [Argentinien](#) und [Polen](#) sind über eine Million Frauen auf die Straße gegangen, um zu fordern, dass ihre Stimmen gehört werden.



Menschen, die Abtreibungen benötigen oder durchgeführt haben, verdienen unsere Unterstützung und Solidarität. Ob durch die Bereitstellung von Zeit und Ressourcen für nationale Abtreibungsnetzwerke, durch Protest auf der Straße oder durch die Aufklärung der Menschen in unserem Leben über die Notwendigkeit einer sicheren Abtreibung, wir alle haben eine Rolle zu spielen, wenn es darum geht, unsere Rechte zurückzugewinnen.

Gleichzeitig müssen die Regierungen den Zugang zu sicheren, rechtmäßigen und erschwinglichen Abtreibungen und Verhütungsmitteln für alle Menschen erweitern. Es ist nicht nur ein humanitärer Akt, sondern auch eine völkerrechtliche Verpflichtung des Staates. Es wird unzählige Todesfälle, lebenslange Traumata und lebensverändernde Verletzungen verhindern.

Dieser Bericht wurde ursprünglich auf TIME.com veröffentlicht.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe  
Verbindlich ist das englische Original:

**Anti-abortion laws are an attack on our right to live with dignity and decide what happens to our bodies**

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/09/anti-abortion-laws-are-an-attack-on-our-right-to-live-with-dignity-and-decide-what-happens-to-our-bodies/>

